

Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Volker Brüggenjürgen in der Ratssitzung am 1. 10. 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal meinen herzlichen Dank, Frau Dr. Epkenhans-Behr, für diese sehr aussagekräftige und sehr sachliche und ausgewogene Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wer sich die Mühe macht diese Vorlage und die angefügte Leistungsbeschreibung zu lesen, versteht sofort worum es geht bei dieser Entscheidung. Es geht nicht um eine Verlagerung der Migrationspolitischen Debatte der Bundespolitik auf die Ebene der Kommunalpolitik. Sondern es geht um die Sachfrage, wie die Stadt zukünftig Ihre gesetzliche Verpflichtung und Verantwortung zur Unterbringung von Geflüchteten am besten wahrnehmen kann. Es geht hier heute nicht, um das **ob** wir Flüchtlinge aufnehmen, sondern allein um darum **wie** wir das zukünftig tun.

Die Stadt Rheda-Wiedenbrück hat in den letzten Jahren, vorrangig bedingt durch den Krieg in der Ukraine mehr Geflüchtete aufgenommen als in der Fluchtbewegung 2015 und 2016. Die Menschen sind mit großer Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger und mit großem Engagement der Verwaltung gut und sicher aufgenommen und untergebracht worden. Das dies weitestgehend konfliktfrei geschehen ist, ist auch ein großer Verdienst des Bürgermeisters und der Verwaltung, die mit Besonnenheit und auch großer Entschlossenheit, dieses organisiert und umgesetzt hat.

Dennoch kommt dieses Vorgehen an seine Grenzen. Die Stadtverwaltung ist derzeit weder personell noch finanziell in der Lage diesen Weg dauerhaft weiterzugehen. Aber auch die Kitas, die Schulen, die Soziale Infrastruktur sind am Limit ihrer Belastungsfähigkeit angekommen.

Sich in dieser Situation eine mittelfristige Atempause zu gönnen, das Land NRW in die Pflicht zu nehmen ist ein Gebot der Klugheit. Im Augenblick können wir nicht mehr Menschen gut in diese Stadt integrieren. Da tut uns ein mehrjähriger kommunaler Aufnahmestopp von Geflüchteten sehr gut, sowohl finanziell als auch sozial- aber auch für den schon durch die hohe Arbeitsmigration extrem angespannten Wohnungsmarkt.

Ein einfaches Weiter so darf es in Rheda-Wiedenbrück nicht geben!

Die geplante ZUE des Landes bietet die Möglichkeit, zum einen die Verantwortung und die Durchführung des Betriebs an das Land NRW abzugeben.

Zum anderen ermöglicht es bessere Unterbringungsstandards, einen höheren Sicherheitsstandard und eine finanzielle Entlastung von weiteren finanziellen Verpflichtungen in Millionenhöhe.

Trotzdem muss man sich nichts vormachen: eine solche Einrichtungen mit einer solchen Massierung von Menschen verursacht Ängste und Sorgen und es wird auch zu Konflikten im Umfeld kommen.

Dennoch diese Stadt kann das, zumal wir selber schon einmal eine vergleichbare Einrichtung mit 400 Personen im Schulzentrum Burg gemanagt haben. Zusammen mit den Kirchen, den Verbänden, den Vereinen, den Vertrauen auf die Bürgerinnen und Bürger, die Geflüchteten Menschen in dieser Stadt helfen, wird auch weiterhin ein friedvolles Miteinander möglich sein. Zumal eine Landeseinrichtung über einen viel besseren Personalstandard verfügt als wir es selber jemals gewährleisten könnten.

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird der Empfehlung der Verwaltung nach Abwägung aller Vor- und Nachteile folgen und spricht sich für eine Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes NRW in unserer Stadt aus.